

# SOZIALISTISCHE GESELLSCHAFT

Ewige Utopie oder gesellschaftliche Zukunft?

9. - 11. Juni 1995

Seit Generationen finden sich immer wieder Menschen zusammen, um ihre Vorstellungen von einer sozialistischen Gemeinschaft zu verwirklichen.

Dieses Streben ist durch den Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten nicht gestoppt, sondern nach zeitweiliger Lähmung gestärkt worden.

Sozialismus kann sich nicht darauf beschränken, die gesellschaftlichen Reichtümer eines Landes unter seinen Bewohnern zu verteilen. Zum Selbstverständnis von Sozialismus gehört es, Gedanken der Gewaltfreiheit, Ökologie, Basisdemokratie und sozialer Gerechtigkeit aufzunehmen.

In diesem Seminar wollen wir gemeinsam mit den Referenten André Brie (PDS/Berlin) und Horst Peter (SPD/Kassel) nicht vorrangig sozialistische Theorien diskutieren und analysieren, sondern konkrete Ansätze zum erlebbaren Sozialismus vorstellen und erarbeiten.



Das Seminar findet statt in Zusammenarbeit mit der Ländlichen Erwachsenenbildung, KAG Northeim. Eine Anmeldung erfolgt durch Zahlung von DM 10,- auf das Konto des Bildungswerks Leben und Umwelt, Volksbank Fredelsloh/Solling BLZ 262 616 93 – Kt.Nr. 250 11 200.

Teilnahmebegrenzung: 20 Menschen. Veranstaltungsort: Bildungswerk Leben und Umwelt e.V., „Alte Schule“ - 37186 Fredelsloh.

## Freitag, 09.06.

aus der Vorstellungsrunde:

*André Brie*

Jahrgang 1950, Vater war Jude und Kommunist; Großeltern und Vater konnten der Vernichtung durch Emigration entgehen; andere Verwandte sind im Holocaust umgekommen.

1946 kam der Vater nach Mecklenburg zurück. André erinnert sich noch an die Bodenreform, die er als eine „große demokratische Reform“ erlebte. Der Vater wurde Diplomat, und die Familie lebte und arbeitete 1958 bis 1966 in China. Sie blieb dort von der Bevölkerung abgesondert, „wie im Glashaus“, dennoch wurde André politisiert, vor allem durch die Mutter, die als Journalistin tätig war.

André machte sein Abitur in Dresden und ging als Freiwilliger, „150prozentig“ überzeugt, in die NVA. Er trat in die SED ein und bot, als er einmal Hakenkreuzschmierereien in einer NVA-Dienststelle entdeckte, dem MfS aus freien Stücken die Mitarbeit an. Diese wurde jedoch später vom MfS selbst wieder beendet.

André studierte Außenpolitik an der Humboldt-Universität in Berlin. Er beschäftigte sich zunehmend mit globalen Problemen und hatte Zugang zu guten Informationen.

Immer mehr wurde ihm bewußt, daß in der DDR „einiges schief läuft“. Mit Freundinnen erarbeitete er 1987 ein „Konzept eines modernen Sozialismus“, das in 100 Exemplaren verbreitet wurde. Der Text hatte einen „riesigen Einfluß“ auf die Wende, da er eine Demokratisierung forderte und libertäre Elemente enthielt; er bildete eine Grundlage für die erste Programmarbeit der PDS.

1990 war André Wahlkampfleiter der PDS und stellvertretender Parteivorsitzender. Er trat 1992 zurück, als er seine frühere MfS-Mitarbeit selbst enthüllt hatte. 1993 wurde er in den Bundesvorstand gewählt und ist jetzt Vorsitzender der Grundsatz-Kommission.

André „schlägt sich nach wie vor damit herum“, daß der Sozialismus „wie ein Kartenhaus“ zusammenbrach. Ein wichtiges Motiv seines politischen Handelns ist sein ausgeprägter Antimilitarismus. Er glaubt an die sozialistischen Ideen, die uralt sind und auf den chinesischen Philosophen Mo-Tse (ca. 600 v. u. Z.) zurückgeführt werden können. Heute geht es um unser aller Überleben, wobei wir unter Zeitdruck handeln müssen.

*Horst Peter*

Er ist 58 Jahre alt. Seine politische Prägung erhielt er bereits in der Kindheit. Er erlebte 1943 das Flächenbombardement auf seine Heimatstadt Kassel und die Erschießung seines 16jährigen Vettters - angeblich wegen Plünderung -, was für ihn traumatische Ereignisse waren. Sein Vater war Bauarbeiter. Er ermöglichte dem Sohn den Besuch des Gymnasiums. Horst wurde Lateinlehrer.

In seiner Studienzeit wurde er vor allem durch Wolfgang Abendroth geprägt, der die radikale Kritik als Grundlage jeder politischen Betätigung lehrte. Horst beschäftigte sich vor allem mit „unterdrückten Themen“, wie z. B. dem Arbeiterwiderstand gegen den Faschismus, der für ihn eine größere Bedeutung hatte als die Aktionen des 20. Juli.

1960 trat Horst in die SPD ein, um Abendroth, der ebenfalls Parteigenosse war, zu unterstützen. 1968 war er Stadtverordneter in Kassel und konnte in den Auseinandersetzungen jenes Jahres „die bewußtseinsbildende Kraft von Wasserwerfern“ erleben.

Horst ist ferner von Karl Bechert beeinflusst, der als einziger Bundestagsabgeordneter der SPD ein konsequenter Atomkraftgegner blieb und dem daher eine Totenehrung durch die SPD-Fraktion versagt wurde. Und schließlich beeindruckte ihn Peter von Oertzen, der forderte, Marx nicht nur zu lesen, sondern ihn vor allem anzuwenden.

Horst kritisiert die Linken in Westdeutschland, die sich vor einer Auseinandersetzung mit dem Realsozialismus gedrückt hatten und sich einen „Notausgang“ zur Rettung der reinen Lehre offenhielten, indem sie Befreiungsbewegungen im Trikont unterstützten.

An der sozialistischen Theorie und Praxis kritisiert Horst ganz allgemein, daß sie mit einem oberflächlichen Fortschrittsdenken „verheiratet“ ist. Sie hätte es versäumt, die Grenzen des Wachstums anzuerkennen und die Natur in die linke Theorie hereinzuholen.

Nachdem Horst zweieinhalb Legislaturperioden als Bundestagsabgeordneter der SPD tätig war, hatte er sich bei der letzten Wahl nicht mehr aufstellen lassen. Er arbeitet heute im Schuldienst in Kassel und sieht es als seine politische Aufgabe an, verschiedene alternative Gruppen in der Region zu unterstützen und zu vernetzen.

Jörg Schulz-Trieqlaff: „Irrwege in West und Ost“

In diesem Referat soll aus der Sicht der Basis auf die Fehlentwicklungen der kapitalistischen und der realsozialistischen Gesellschaft hingewiesen werden. Es geht aber auch darum, im Sinne dieses Seminars mögliche Auswege wenigstens anzudeuten und eine Antwort auf die Frage zu versuchen, welche Erscheinungen beider Gesellschaften „aufgehoben“ werden können.

*Die kapitalistische Industriegesellschaft*

Der Kapitalismus verbirgt sich hinter der attraktiven, freundlichen Fassade der parlamentarischen Demokratie. Wenn er sich auch gern mit der Militärdiktatur oder dem Faschismus verbündet; so hat sich doch weltweit der Parlamentarismus als Herrschaftsform von größter Stabilität und Flexibilität erwiesen.

Marko Ferst nennt den Kapitalismus eine „Raff- und Giergesellschaft“ und eine „weltumspannende Mißbildung“. Ein Blick hinter die Kulissen zeigt ein System der Ausbeutung von Menschen und des gnadenlosen Raubbaus an der Natur. Es organisiert sich um die schlechten menschlichen Eigenschaften, es fördert Egoismus und Konkurrenz, was als „Leistungsprinzip“ ideologisch überhöht wird. Ohne eine latente Gewalt, die gelegentlich gegen Systemoppositionelle in Erscheinung tritt, kommt es nicht aus, wie es auch nicht auf Militär und Krieg verzichten kann.

Die kapitalistische Lebens- und Wirtschaftsform atomisiert die sozialen Zusammenhänge. Von der Gemeinschaft in Dorf oder Stadtteil, in Berufsorganisation oder Großfamilie geht die Entwicklung über die Kleinfamilie zum Single-Haushalt (in Hannover bereits über 50 % aller Haushalte). Ebenso wird das individuelle Leben aufgespalten. Wohnen, Arbeit, Freizeit, Bildung finden an räumlich getrennten, weit voneinander entfernten Orten statt.

Der Mensch wird instrumentalisiert und auf seine Arbeitskraft reduziert. Er wird immer mehr zum Büromenschen und zum Bediener von Geräten, von Autos und Computern, wobei als Ausgleich der Urlaub und das Fitneßtraining unverzichtbar sind. Der Mensch wird unfähig, für seine leibliche Existenz, für Nahrung und Gesundheit selbst zu sorgen. Das „Überlebenswissen“ geht verloren. Es fällt auch immer schwerer, soziale Zusammenhänge zu erhalten oder neu zu bilden.

Die Vorteile dieser Lebens- und Gesellschaftsform kommen nur einer - wenn auch recht breiten - Minderheit zugute. Die Herrschaftskunst besteht heute darin, den Anschein aufrechtzuerhalten, als ob alle Menschen an Freiheit und Wohlstand teilnehmen können oder wenigstens die Chance dazu haben.

Doch der Parlamentarismus und die moderne kapitalistische Industriegesellschaft haben zweifellos auch ihre positiven Seiten. Dazu gehören die Gewaltenteilung, die Demokratie, die Anerkennung der Menschenrechte und die individuellen Freiheiten, was alles nur unter hohem Einsatz gegen Adelsprivilegien, fürstlichen Absolutismus und kirchliche Bevormundung durchgesetzt werden konnte und heute immer noch durch die verschiedensten Machtansprüche äußerst gefährdet ist.

Außerdem wollen wir akzeptieren, daß uns die moderne Technik, verbunden mit der Industrialisierung, von schwerer körperlicher Arbeit befreit hat und eine große Zahl von Gütern

und Waren bereitstellt. Das Gesundheitswesen hat die Lebenserwartung mindestens verdoppelt. Und wer möchte noch auf die modernen Verkehrs- und Kommunikationsmittel verzichten?

### *Der Realsozialismus*

Nach meinem Verständnis liegen die Wurzeln der sozialistischen Theorie und Praxis in der Art und Weise, wie die moderne Industriegesellschaft entstand. Sie ging ja nicht aus einer gemeinsamen Willensentscheidung aller Beteiligten hervor, sondern wurde von Kapitaleigentümern (Großkaufleuten, Grundbesitzern, wohlhabenden Handwerkern) vorangetrieben und von den Machteliten gefördert.

Die Massen hatten in den aufstrebenden Industrieländern über Generationen hinweg überwiegend die Nachteile der hektischen Industrialisierung hinzunehmen. Sie blieben arm, sofern sie es schon waren, oder sie wurden ihrer bescheidenen ökonomischen Existenz beraubt und verarmten. Die Industrialisierung mußte zunächst gegen ihre Interessen durchgesetzt werden.

Die sozialistische Theorie analysierte und kritisierte diese Verhältnisse und ging, weil sie die Ökonomie in den Mittelpunkt ihrer Betrachtung stellte, weit über jede Kultur- und Zivilisationskritik hinaus. Eine sozialistische Praxis schien nicht anders möglich zu sein, als in Form einer grundlegenden gesellschaftlichen Umgestaltung durch die Revolution.

Wir kennen die zeitgeschichtlichen Entwicklungen: Der Sozialismus setzte sich in einem Land, oder besser, in einem Imperium durch, er wurde den Menschen ebenso aufgezwungen wie die Industrialisierung. Es kam zur stalinistischen Diktatur, zu Gewaltherrschaft und Terror. Im Ergebnis wachte eine Machtelite argwöhnisch über die gesellschaftlichen Errungenschaften und über ihre eigenen Privilegien, und sie mußte sich nach allen Seiten durch Polizei, Geheimdienst und Militär absichern.

Diese Fragen bleiben: Mußte sich die sozialistische Partei unbedingt des Staates bemächtigen, um ihr Konzept mit Gewalt durchzusetzen? Bedarf die sozialistische Gesellschaft nicht der Zustimmung der Betroffenen oder wenigstens der wohlwollenden Tolerierung? Und muß die Überzeugungsarbeit nicht der Revolution vorausgehen, statt ihr zu folgen?

Gegen alle oberflächliche Kritik müssen aber einige positive Seiten des realen Sozialismus gewürdigt werden:

An allererster Stelle ist hier das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln und am Grund und Boden zu nennen, was Spekulation und Bereicherung verhinderte. Dann ist darauf hinzuweisen, daß die realsozialistische Gesellschaft den Menschen einen mäßigen Massenwohlstand sowie mit sicheren Arbeitsplätzen, preiswerten Wohnungen, Gesundheitsvorsorge, Kinderbetreuung u. v. a. eine gewisse Existenzsicherheit bieten konnte.

Es zeigte sich auch eine begrenzte Reformfähigkeit. Die Partei war imstande, reformerische Personen, Gruppen und Ideen hervorzubringen, wenn diese auch in den meisten Fällen wieder unterdrückt wurden.

Schließlich war der realsozialistische Block kaum am ausbeuterischen Welthandel beteiligt. Vielmehr bot er den freiheitlichen und sozialistischen Kräften in aller Welt seine Unterstützung, wenn diese auch begrenzt und der eigenen Staats- und Machträson untergeordnet blieb.

### *Perspektiven*

Die marxistisch-sozialistische Analyse der gesellschaftlichen Machtverhältnisse ist immer noch treffend und unverzichtbar, vor allem weil sie die zentrale Bedeutung der Ökonomie hervorhebt. Der dem Marxismus zugrundeliegende Gedanke der Gleichheit ist unbedingt fortschrittlich und weist über den Begriff der Gerechtigkeit, der ökonomische Ungleichheit und Vorrechte akzeptiert, weit hinaus.

Der marxistische Ansatz muß heute um die ökologische Frage erweitert werden. Es geht um die Rücknahme des Stoffwechsels mit der Natur, um äußerste Rücksichtnahme und Verantwortung. Dabei können Ökologie, Frieden und die soziale Frage nicht voneinander getrennt behandelt oder gegeneinander ausgespielt werden. Die Praxis muß gewaltfrei sein. Wir sind handlungsorientiert und politisch, stellen die Machtfrage und bemühen uns um eine neue Ökonomie.

Ein alternatives Handeln ist nicht ohne ein neues Denken vorstellbar, doch das eine ist nicht die Vorbedingung des anderen, beides läuft in seiner Entwicklung parallel.

Wir wollen nicht ständig in der Opposition verharren und uns nicht, wenn auch kritisch, immer auf die Mißstände beziehen, sondern positive, fortschrittliche Ansätze herausarbeiten und unterstützen. Dabei sind wir hoffnungsvoll; wir vertrauen nicht allein der eigenen Kraft und resignieren auch nicht bei jedem Mißerfolg und Rückschlag.

Es bleibt die zentrale Frage: Wie erreichen wir die Menschen, wie lassen sie sich für ihre ureigenen Interessen mobilisieren?

### André Brie: „Irrwege und Lösungsansätze des Realsozialismus“

Grundsätzlich müssen die SozialistInnen die Verantwortung für die Folgen, für die Umsetzung der Theorie und auch für den Realsozialismus übernehmen. Doch dieser war nicht nur eine Fehlentwicklung, vielmehr gibt es auch positive Aspekte, wie vor allem die soziale Gleichheit und die solidarische Gesellschaft in der DDR.

Es muß darauf hingewiesen werden, daß die DDR ein friedliches Ende genommen hat, was in der Geschichte der Staats- und Regierungsformen eine Ausnahme ist. Die realsozialistische Gesellschaft war der kapitalistischen in mancher Hinsicht ähnlich: sie war konsum- und wachstumsorientiert. Sie hat sich aber von modernen Entwicklungen verabschiedet. Sie war nicht offen für ökologische Probleme oder für das weltweite Streben nach Demokratisierung. Die Chance zur grundlegenden Reform, die im Prager Frühling lag, wurde durch dessen Niederschlagung verspielt.

#### Welches sind die Gründe für das Scheitern-des Realsozialismus?

1. Es fehlte jeder kritische Umgang mit Marx. Seine Theorie ist vom Glauben an den Fortschritt geprägt, und dessen Voraussetzung ist die Herrschaft über die Natur. Es gibt zwar auch Ansätze zu einem modernen Naturverständnis bei Marx, doch er blieb „ein Kind seiner Zeit“. Der Realsozialismus hat kein alternatives Fortschrittsverständnis entwickelt; er verstand sich immer in ökonomischer Konkurrenz mit dem Kapitalismus.
2. Die DDR konnte für die positiven Erscheinungen in ihrer Gesellschaft nicht die ökonomische Grundlage bewahren; diese wurde vielmehr aufgebraucht. Die falsch organisierte Ökonomie führte zu Entfremdung und Verschwendung, schließlich zu einem regelrechten „Ausverkauf der DDR“.
3. Die DDR betrieb ebenso wie die Sowjetunion eine „antiökologische“ Wirtschaftspolitik.

Die Schadstoffbelastung in der DDR war um 70 % höher als die in der BRD.

4. Demokratische Teilhabe und Emanzipation waren in der DDR nicht erwünscht. Rechtsstaatlichkeit wurde als Element des Kapitalismus diffamiert. Man berief sich auf Marx, der von der freien Assoziation der Gleichen in der kommunistischen Gesellschaft ausging und daher eine formalisierte Demokratie für überflüssig hielt.
5. Die DDR war nicht fähig, sich international zu öffnen. Sie nahm zwar am ausbeuterischen Weltwirtschaftssystem nicht teil, engagierte sich aber auch nicht für die Durchsetzung der Menschenrechte oder überhaupt für die Probleme des Trikont. Für die Länder des Südens kam kaum eine Hilfe aus der DDR.

Der gescheiterte Realsozialismus blieb ein Staatssozialismus. Sein Ziel war nicht die Vergesellschaftung, sondern die Verstaatlichung. Das vorherrschende monistische Eigentumsverständnis verhinderte, daß die Enteignung der KapitalistInnen zu einer gesellschaftlichen Aneignung führte. Es gab nur ein gesamtes Volkseigentum, aber keine EigentümerInnen.

In ihrer Anfangszeit bildete die DDR durchaus eine Alternative zum kapitalistischen System. Doch bald setzte sich die Herrschaft des Politbüros und der Wirtschaftsführung durch. Deren Ziel war eine harmonische Gesellschaft.

Dagegen ist „marxsches Denken ein Widerspruchsdenken“. Doch die DDR hat die Widersprüche verdrängt. Es gab kein Verständnis für Konflikte, z. B. für besondere, gegenläufige Interessen der ArbeiterInnen. Angeblich nimmt der Staat diese wahr; in der sozialistischen Gesellschaft hätten sich - nach Auffassung der Parteiführung - Gewerkschaften erübrigt.

Doch auch nach den Fehlentwicklungen und dem Scheitern des Realsozialismus ist die sozialistische Idee nicht erledigt. Sie bietet den einzigen Ausweg aus der ökologischen Existenzkrise, der Krise der sozialen Beziehungen und der Nord-Süd-Krise.

Der Kapitalismus hält keine Lösung bereit; er zeigt nichts als eine „Entwicklungsoffenheit bis in den Abgrund“. Sein ökonomisches Prinzip ist die sich ständig steigernde Kapitalverwertung, das bedeutet stets zunehmender Profit, der nur durch Wachstum zu erreichen ist.

„Brüche sind notwendig, aber man muß nicht alles zerbrechen“. Vieles ist aufzuheben, wobei wir die dreifache Bedeutung des Begriffes „Aufhebung“ beachten sollten:

- Bewahrung
- Emporheben, Weiterentwickeln
- Überwindung

Die parlamentarische Demokratie muß bewahrt und mit der Basisdemokratie versöhnt werden. Oder umfassender: Es gilt, die Moderne zu bewahren und sie mit der sozialistischen Idee zu verbinden. Wir sollten auf keinen Fall dem Fortschritt, der Technik und der Effektivität abschwören. Freiheit ist die Voraussetzung des Sozialismus. Es muß gelingen, den Individualismus mit dem Kollektivismus in Einklang zu bringen.

In der Praxis sind vielfältige Schritte zum Ausweg erforderlich. Sie beginnen im heutigen Alltag. Es gibt nicht mehr den einen großen Schritt der Revolution.

Wir müssen die „Allmende“ wiederherstellen; Luft, Boden und Wasser sind als Gemeingüter zu verstehen. Die Arbeit ist neu zu organisieren und eine Strategie der Demokratisierung zu entwickeln.

### Anmerkungen von Horst Peter

Die Linke in Westdeutschland muß sich in die Kritik des realen Sozialismus mit einbeziehen, weil auch sie in die Krise geraten ist. Vielen Linken ist heute unangenehm, was sie noch in den 70er Jahren gesagt und geschrieben haben. Sie fliehen vor der eigenen Vergangenheit und entdecken dafür neue Gesellschaften als Studienobjekte, z. B. die Medien-, die Erlebnis- oder die Single-Gesellschaft.

Es kommt darauf an, den Begriff „Sozialismus“ wiederzuerobern. Wer ihn ersetzen will, schreckt offenbar vor einer ganzheitlichen Betrachtung zurück.

Es scheint neuerdings wieder eine Bereitschaft zu theoretischen Diskussionen in der Gesellschaft zu geben. Die Institutionen greifen das aber noch nicht auf.

Die Linke muß sich mit der Geschichte auseinandersetzen. Alle SozialistInnen haben eine Gesamtverantwortung auch für den Realsozialismus. „Grabenkämpfe“ müßten auf jeden Fall vermieden werden, es wäre vielmehr ein Grundkonsens über den Sozialismus herzustellen. Doch wo liegen die Gefahrenquellen? Da ist zunächst der Weg der Gewalt zu vermeiden. „Die Guillotine ist die ständige Begleiterin revolutionärer Ideen“. Ferner ist zu beachten, daß Marx nur Interpretationen lieferte und nicht ein Gesellschaftsmodell für die Zukunft. Deshalb ist es unsinnig; das marxsche Werk als Steinbruch zu benutzen und aus Marx-Zitaten ein Konzept für die Lösung der Probleme zusammenzusetzen.

Die realsozialistische Praxis hat „vier zentrale Sündenfälle“ gegen Marx begangen:

1. Nach Marx sollte der Staat in der Gesellschaft aufgehen. Doch Im Realsozialismus wurde der Staat zum Fetisch.
2. Der marxsche Geschichtsdeterminismus steht nicht im Widerspruch zur Freiheit. Die Menschen können ihre Verhältnisse gestalten, wenn die Entfremdung erst beendet ist. In der realsozialistischen Praxis gab es jedoch kein Vertrauen in die Selbstständigkeit der Menschen.
3. Die von Marx geforderte radikale Kritik wurde von den Realsozialistinnen nicht auf sich selbst oder gar auf Marx angewandt.



4. Die gesellschaftliche Transformation war nicht von einer Transformation des Wertgesetzes begleitet. Auch die sozialistische Ökonomie war von der Produktion von Tauschwerten, nicht von Gebrauchswerten bestimmt. Die stoffliche Seite der Produktion wurde nicht beachtet.

Der Marxismus und der Marxismus-Leninismus schottete sich von modernen Entwicklungen ab und grenzte ganze Forschungszweige und politische Strömungen aus, wie

- den Anarchismus
- weite Bereiche der Industrieforschung (z. B. in Hinblick auf sparsamen Ressourcengebrauch, Steigerung der Effektivität, Regionalisierung, Recycling),
- die Psychoanalyse (die Folge war das Mißtrauen gegenüber dem subjektiven Faktor und das „Stasi-Syndrom“).

Diese kritische Anmerkung richtet sich auch an die Adresse der West-Sozialistinnen, die sich ähnlich verhielten.

Wir können heute nur eine allgemeine Orientierung bieten und nicht ein genaues Bild der Zukunft entwerfen, das dann Stück um Stück zu realisieren wäre. Die Bedingung einer alternativen, sozialistischen Gesellschaft ist „die Assoziierung der Freien und Gleichen“, die ihre Verhältnisse regeln können. Doch es bleiben die Fragen: was ist frei, was ist gleich? Was kann der/die Einzelne tun, welche Rahmenbedingungen müßten erfüllt sein?

Die neue Gesellschaft erwächst aus der Kritik der alten Zusammenhänge. Das alte System verliert immer mehr seinen umhüllenden Mantel, es wird brüchig, das Innere kommt zum Vorschein. Für die Zukunft müssen wir von dem zentral und hierarchisch aufgebauten parlamentarischen System wegkommen und eine horizontal organisierte Gesellschaft bilden.

### Aus der Diskussion

Inge: Die Politik hatte in der DDR den Vorrang vor ökonomischen Erfordernissen. Entscheidungen wurden „von oben“ durchgesetzt; die Diktatur war allerdings nicht ohne „Diktate“ möglich. Alle haben leider „den Kopf eingezogen“, obwohl es oft Raum für Diskussionen gab und nicht immer negative Folgen bei abweichenden Meinungen zu befürchten waren. Der Wachstumsfetischismus der DDR, der sich in Slogans wie „Überholen ohne einzuholen“ zeigte, war ein Irrweg.

Willi: Das parlamentarische System stößt an seine Grenzen. Plebiszite wären die beste Möglichkeit, wichtige Themen „auf die Tagesordnung zu setzen“. Wir benötigen eine „Weltsteuerung“, wenn wir überleben wollen. Doch wie können wir unsere Ideen durchsetzen? Wie kann Druck auf die Kapitalkräfte ausgeübt werden? Wie läßt sich das gesellschaftlich Notwendige in Politik umsetzen? „Das Prinzip Hoffnung allein reicht nicht aus“.

Tobi: Der Gedanke einer Weltsteuerung widerspricht unserem basisdemokratischen Anspruch. Der Sozialismus muß von selbständigen Menschen geschaffen werden. Wie können wir die Wirtschaft so organisieren, daß nicht einzelne Menschen immer wieder Profit daraus schlagen?

Horst: Das Parlament ist vom Volk völlig abgehoben. Aus den Berichten der Medien läßt sich nicht erkennen, was dort vorgeht, die Auseinandersetzungen werden auf „Personal-Ringkämpfe“ reduziert. Parlamentarische Initiativen sind nicht mit politischen Kräften außerhalb des Parlaments abgestimmt. Die Alternative wäre eine „Volksgesetzgebung“, die

Einrichtungen „Runder Tische“, an denen sich „Gegensachverstand“ bildet und organisiert, was letztlich auf eine Dezentralisierung hinausläuft.

André: Die PDS schlägt die Einrichtung einer „Zweiten Kammer“ vor, deren Abgeordnete mit einer dritten Stimme zu wählen wären. Sie werden von gesellschaftlichen Organisationen aufgestellt, die sonst von der Wahl ausgeschlossen sind. Das wäre vielleicht ein „Ausbruch aus der Erstarrung“. Die BürgerInnen sind viel vernünftiger als die ParlamentarierInnen und PolitikerInnen.

Thilo: Der Kapitalismus bleibt ein System der Ausbeutung und Unterdrückung. Marktwirtschaft und Kapitalismus sind im Prinzip Gegensätze. Die Attraktivität des Kapitalismus beruht auf seiner recht breiten Einkommensverteilung. Er kommt mit der Demokratie gut zurecht, solange seine Interessen gewahrt sind, sonst verlangt er die Diktatur.

Eva: Wir müssen uns mit der Machtfrage befassen. Die Macht korrumpiert. Wie können wir integrale Menschen für wichtige Aufgaben gewinnen, die nicht den Versuchungen der Macht erliegen?

Lothar: Die Politischen Entscheidungen müssen von unten nach oben laufen. Große politische und wirtschaftliche Einheiten sind nicht zu kontrollieren, sie müssen daher verkleinert werden. Wir sind durchaus keine Feinde moderner Technik. „Räterepublik und Elektrifizierung schließen einander nicht aus“. Die Technik muß auf ihren gesellschaftlichen Nutzen hin befragt werden, Der Begriff „Sozialismus“ ist mit neuen Werten zu füllen.

Horst: Unsere Diskussion hier hat leider nur eine geringe politische Auswirkung; wir haben keine Antwort auf die Frage nach der Durchsetzbarkeit unserer Ideen- es fehlt die Analyse der Struktur der Öffentlichkeit. „Weshalb läuft alles so schwer?“ Warum sind vernünftige Ideen so wirkungslos?

Sonntag, 11.06.

### Aus der Diskussion über einen „erlebbareren Sozialismus“

Lothar: Ein gutes Beispiel für einen erlebbareren Sozialismus ist die *Leihgemeinschaft*. Sie entstand, um eine Bankschuld der Alten Schule in Fredelsloh zurückzuzahlen. Inzwischen kommen immer mehr Menschen zusammen und stellen zinslose Kredite zur Verfügung, um Bankschulden von Projekten und privaten Wohnhäusern abzulösen. Das trägt nicht zuletzt zur Bewußtseinsbildung bei. Geld ist ja bei uns neben der Sexualität das Tabuthema überhaupt. Jetzt wird das Geld thematisiert, und die Leute werden politisiert.

Ein anderes Beispiel ist das *Tauschring-Projekt*. Anfangs fanden sich 18 Leute, die Leistungen und Gegenstände anboten. Jetzt wird der Austausch von einem Mitglied der Gruppe organisiert. Es geht darum, nicht viel zu reden, sondern etwas zu tun. Das Projekt ist nicht von materiellem Eigennutz bestimmt; vielleicht gibt es einen Eigennutz auf anderer Ebene.

Schließlich ist die *Alte Schule* selbst zu nennen. Als Bildungsstätte verzichtet sie auf hauptamtliche MitarbeiterInnen. Daher kommt sie mit geringen finanziellen Mitteln aus und kann auch „unrentable“ Gruppen aufnehmen, die sich andere Tagungsstätten nicht leisten können.

### Aus der Abschlußdiskussion

Petra: „Parteien sind ein Auslaufmodell“. Sie sind durch ihre lange Existenz verkrustet, und Menschen, die an Grundsätzen festhalten, sind in ihnen selten zu finden. Die Parteipolitik geht an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbei. Deshalb wurden die neuen sozialen Bewegungen notwendig.

Norbert: In den Parteien ist alles träge und festgefahren. Als Institution der Politik sind sie tot. Dennoch kann man sie nicht ein Auslaufmodell nennen, denn durch die Trägheit der vielen Menschen werden sie noch länger weiterbestehen. Es führt zu nichts, auf die Parteien immer zu schimpfen, man muß selbst etwas dagegen tun. Wir sollten weiterhin „unseren Kleinkram im Basisbereich machen“.